

Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, JEFTA kein Thema mehr? – Für uns schon!

Die politische Debatte wird von einigen Themen beherrscht (Waffentests in Nordkorea, verbale Ausfälle von US-Präsident Trump etc.), denen eines gemein ist: Sie sind weit entfernt von unserer Möglichkeit die Folgen zu beeinflussen.

Über die sogenannten Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den USA (TTIP), Kanada (CETA) oder Japan (JEFTA) wird in den Medien kaum noch berichtet, Staat und Parteien schweigen sich im Wahlkampf aus.

Und so sollen diese Abkommen enden wie sie begonnen haben: Verhandelt hinter verschlossenen Türen, Berater waren alleinig Lobbyisten von Industrie und Verbänden, nur durch öffentlichen Druck und gezielte Aufdeckung wurden die Vertragstexte Stück für Stück, und erst ganz am Schluß auch auf deutsch bekannt.

Das Abkommen mit der US-Regierung liegt derzeit auf Eis wegen der national-konservativen Politik („America first!“ – womit eigentlich „US first“ gemeint ist).

CETA ist trotz großen Widerstands in europäischen Gesellschaften im Februar 2017 vom EU-Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet worden, nur Grüne und Linke lehnten den Vertrag geschlossen ab, er kann damit vorläufig in Kraft treten.

CETA wird von seinen Befürwortern als das fortschrittlichste Handelsabkommen gepriesen, das die EU je ausgehandelt habe. **Das Gegenteil trifft zu:** CETA verengt den Spielraum von Parlamenten und Regierungen für Zukunftsaufgaben wie den Klimawandel, eine gerechtere Besteuerung von Unternehmen oder besseren Verbraucherschutz. Das ist ein Rückschritt:

- **Sonderklagerechte für Konzerne:** CETA enthält einen unnötig weitreichenden Schutz der „legitimen Erwartungen“ von Investoren, sowie vor „indirekter Enteignung“. Mit Hilfe dieser Paragraphen können Investoren gegen jede Form staatlichen Handelns Klage erheben, das ihre Gewinne schmälert. Wenn wir die oben genannten wichtigen Zukunftsaufgaben angehen wollen, riskieren wir dank CETA Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe.
- **Standards in Gefahr:** Massive Einfuhrquoten für kanadisches Rind- und Schweinefleisch erhöhen den Wettbewerbsdruck. Dadurch drohen schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne in der Fleischverarbeitung. Die bäuerliche Landwirtschaft sowie die Qualität und Sicherheit der Fleischprodukte für europäische Verbraucher/innen stehen auf dem Spiel.
- **Erstmaliger Einsatz eines „Negativ-Listen“-Ansatzes:** Das bedeutet, dass automatisch alle Wirtschaftssektoren zur Liberalisierung frei gegeben werden, es sei denn, es wird explizit eine Ausnahme dafür aufgelistet. Öffentliche Dienstleistungen drohen einer umfassenden Liberalisierung unterworfen zu werden und die Rekommunalisierung bereits privatisierter Sektoren wird erheblich erschwert.
- **Beschneidung der Parlamente:** Ein gemischter CETA-Ausschuss soll existierende und zukünftige Regeln prüfen mit dem Ziel, diese in der EU und Kanada weiter anzugleichen. **So geraten Standards in Gefahr, gesenkt zu werden.** Der Ausschuss kann das Abkommen sogar nach Inkrafttreten noch ändern – ohne, dass irgendein Parlament dem zustimmt!

Deshalb werden wir CETA weiter bekämpfen. Die Niederlage im Europäischen Parlament war nur eine Etappe. Grüne und Linke sind an 12 von 16 Landesregierungen beteiligt, wenn sie bei einer Abstimmung im Bundesrat bei ihrem Nein bleiben, hat CETA keine Chance, allerdings könnten einige Landeschefs wie z.B. in Baden-Württemberg von ihrer Parteilinie abrücken und im Bundesrat doch für CETA stimmen.

Doch das kann nur gelingen, wenn ein breiter Druck auf die Entscheidungsträger entsteht.

Kommt am Samstag 9. September 2017 zur Demonstration, Start 11 Uhr am Rathausplatz!

Sprecht Politiker auf diese undemokratischen und ungerechten Abkommen an! Gebt dieses Flugblatt weiter, sprecht im Bekanntenkreis darüber!

Kommt zu den Treffen von attac Erlangen: jeden zweiten Montag im Monat, 19:30 Uhr, im Dritte-Welt-Laden, Nebenraum